31. **Entscheid vom 30. Mai 1928 i. S. Furler.**

Bei Vornahme von Abschlagsverteilungen gemäss Art. 144 Abs. 2 SchKG ist der Betreibungsbeamte verpflichtet, unbekümmert darum, ob die zu einer Gruppe vereinigten Betreibungen von einem und demselben oder aber von mehreren Gläubigern ausgehen, die auf Forderungen mit provisorischer Pfändung entfallenden Beträge bei der Depositenanstalt zu hinterlegen.

En cas de répartitions provisoires, selon l'art. 144 al. 2 LP, l'office est tenu de déposer à la caisse des consignations les dividendes afférents aux saisies provisoires, sans se préoccuper de la question de savoir si les poursuites groupées dans une même série émanent d'un seul créancier ou de plusieurs créanciers différents.

In caso di riparto provvisorio secondo l'art. 144 cap. 2 LEF, l'Ufficio è obbligato a deporre alla Cassa dei Depositi i dividendi spettanti ai singoli pignoramenti provvisori, senza occuparsi di sapere, se le esecuzioni d'uno stesso gruppo emanano da un solo o da diversi creditori.

A. — Der Rekurrent, J. Furler in Bern, ist einziger Gläubiger in der Pfändungsgruppe Nr. 2224, welche die gegen Fr. Zürcher in Bern gerichteten Betreibungen Nr. 67,123 und 76,010 für Beträge von 8261 Fr. 60 Cts. und 3076 Fr. 85 Cts. umfasst. Die Pfändung in der Betreibung Nr. 76,010 ist definitiv, diejenige in der Betreibung Nr. 67,123 nur provisorisch, indem gegen letztere Aberkennungsklage eingereicht worden ist. Die auf Grund der erstgenannten Betreibung vorgenommene Verwertung ergab bis anhin einen Erlös von 1107 Fr. 45 Cts., wovon der Betreibungsbeamte dem Gläubiger Furler, auf Grund eines von diesem gestellten Begehrens um Leistung einer Abschlagszahlung, 200 Fr. entrichtete, von der Erwägung ausgehend, dass diese Summe dem Betrage entspreche, welcher bei proportionaler Verteilung des Nettoerlöses auf die Betreibung Nr. 76,010 entfalle. Dagegen weigerte sich der Betreibungsbeamte, von dem auf die Betreibung Nr. 67,123 entfallenden Anteil eine

Abschlagszahlung zu leisten, weil das bezüglichliche Betreffnis, da in dieser Betreibung nur eine provisorische Pfändung hatte vorgenommen werden können, deponiert werden müsse.

B. — Hiegegen beschwerte sich Furler bei den Aufsichtsbehörden, indem er verlangte, das Betreibungsamt sei anzuweisen, ihm weitere angemessene Abschlagszahlungen zu leisten.

C. — Mit Urteil vom 29. März 1928 verfügte die untere kantonale Aufsichtsbehörde, es sei dem Beschwerdeführer noch der auf die Betreibung mit definitiver Pfändung entfallende Restbetrag von 60 Fr. auszuzahlen. Im übrigen wies sie die Beschwerde ab.

D. — Dieser Entscheid wurde von der obern kantonalen Aufsichtsbehörde mit Urteil vom 1. Mai 1928 bestätigt.

E. — Hiegegen hat Furler den Rekurs an das Bundesgericht erklärt, indem er erneut um Guttheissung der Beschwerde ersuchte.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung :

Wenn zwei Betreibungen derselben Gruppe angehören, ist der Verwertungserlös proportional auf beide zu verteilen, und zwar ist dieser Grundsatz schon bei vom Betreibungsamte auf Grund von Art. 144 Abs. 2 SchKG vorgenommenen Abschlagszahlungen zu beobachten. Dabei sind gemäss Art. 144 letzter Absatz SchKG die auf Forderungen mit nur provisorischer Pfändung entfallenden Beträge einstweilen bei der Depositenanstalt zu hinterlegen. Der Rekurrent behauptet nun, dass dieses von ihm an sich nicht bestrittene Procedere im gegebenen Falle nicht hätte angewendet werden sollen, da beide zu der vorerwähnten Gruppe vereinigten Betreibungen von ihm, dem Rekurrenten, eingeleitet worden seien und infolgedessen zu einer Zurückbehaltung des auf die Betreibung mit nur provi-

sonischer Pfändung entfallenden Betrages kein Grund vorhanden sei, weil dieser Betrag ihm, selbst wenn die letztgenannte Betreibung dahinfallen sollte, ohnehin ausbezahlt werden müsse, da seine Forderung mit definitiver Pfändung den gesamten Verwertungserlös übersteige. Dieser Auffassung kann nicht beigetreten werden. Das Gesetz enthält keine Anhaltspunkte, wonach in Fällen wie dem vorliegenden vom genannten Grundsatz eine Ausnahme zu machen wäre. Der Betreibungsbeamte ist daher verpflichtet, unbekümmert darum, ob die zu einer Gruppe vereinigten Betreibungen von einem und demselben oder aber von mehreren Gläubigern ausgehen, die auf Forderungen mit provisorischer Pfändung entfallenden Beträge bei der Depositenanstalt zu hinterlegen. Es bleibt daher dem Rekurrenten, wenn es ihm an einer sofortigen Auszahlung des gesamten Verwertungserlöses (d. h. auch der bei der Depositenanstalt hinterlegten Quote) gelegen ist, nichts anderes übrig, als die Betreibung, die nur zu einer provisorischen Pfändung führte, zurückzuziehen.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- und Konkurskammer :

Der Rekurs wird abgewiesen.

32. Arrêt du 1^{er} juin 1928 en la cause Coutot.

Revendication. Les organes de la poursuite ne peuvent refuser d'ouvrir la procédure des articles 106 et suiv. LP par le motif que le tiers revendiquant n'aurait pas *qualité* pour formuler la revendication (en l'espèce, au nom d'une succession). Cette question relève, en effet, du droit matériel. Elle échappe, dès lors, également à l'appréciation des autorités de surveillance (consid. 1).

Lorsque le point de savoir si le tiers revendiquant a la possession des biens litigieux doit être résolu — et l'a été — par application du droit étranger, le Tribunal fédéral est incompétent pour reviser, à cet égard, la décision de l'autorité cantonale (consid. 2).

Widerspruchsverfahren, Art. 106 ff. SchKG : Die Betreibungsbehörden können die Einleitung des Widerspruchsverfahrens nicht aus dem Grunde verweigern, dass dem Drittsprecher die Legitimation zur Erhebung einer Ansprache (vorliegend im Namen einer Erbengemeinschaft) fehle. Diese Frage wird vom materiellen Rechte beherrscht und kann daher auch nicht von den Aufsichtsbehörden nachgeprüft werden (Erw. 1).

Ist die Frage, ob sich die streitige Sache im Gewahrsam des Drittsprechers befinde, nach ausländischem Rechte zu entscheiden — und auch entschieden worden —, so steht dem Bundesgerichte keine Nachprüfung zu (Erw. 2).

Rivendicazione, Art. 106 seg. LEF :

Gli organi di esecuzione non hanno la facoltà di rifiutarsi a far luogo alla procedura di rivendicazione per il motivo, che al rivendicante mancherebbe la veste per agire (nella specie, in nome di una successione). La questione essendo di diritto materiale, spetta al giudice, e non soggiace quindi all'apprezzamento delle autorità di Vigilanza (consid. 1).

Soggiacendo la questione di sapere, se la detenzione degli oggetti litigiosi spetti al terzo rivendicante, a diritto estero, che l'autorità cantonale ha applicato, il Tribunale federale è incompetente per sindacarne, su questo punto, la decisione (consid. 2).

Se fondant sur l'art. 271 chiff. 4 LP, Coutot a requi et obtenu, le 6 décembre 1927, du Juge de paix du cercle de Montreux, une ordonnance de séquestre contre dame Lucie Stamaty Frangopoulo, à Liverpool. Le sé-